

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
 Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif.
 Arbeitervermittlungen 40 Pf., Verbandsanzeigen 25 Pf. die achtgespaltene Millimeterzeile.
 Redaktion und Expedition: Berlin SO16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.
 Nr. 21 Berlin, den 27. Mai 1933 41. Jahrgang

Der Weg zum Ständestaat Sicherung des Arbeitsfriedens

Der Reichskommissar für die Wirtschaft und der Führer der Deutschen Arbeitsfront haben folgende Verfügung erlassen:

Nationalsozialisten! Deutsche Arbeitsmenschen der Stirn und der Faust!
 Der Staat ist unser! Die Macht kann uns niemand entreißen, die Wirtschaft ist unsere Wirtschaft, die Fabrik ist unsere Fabrik, der Schraubstock ist unser Schraubstock! Deshalb, weil dies so ist, muß jeder Versuch, das alles, was uns gehört, zu zerstören, im Keime erstickt werden, und ihr, die Garde der nationalsozialistischen Revolution, habt die hohe Aufgabe, rücksichtslos und unbittlich alles zu zerschmettern und zu vernichten, was dieses herrliche Gut des deutschen Volkes antastet will.

Nur die Feinde unserer Revolution können ein Interesse an Stilllegung, wilden Streiks, Aussperrungen und ähnlichen Dingen haben.

Deshalb tretet ihnen entgegen, seid wachsam, duldet es nicht, denn es geht um den Erfolg und um den Sieg, es geht um Deutschland und unser Volk.

Deshalb verfügen wir als die Vertreter der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeit im absoluten Einverständnis mit dem Führer folgendes:

In den Bezirken der Landesarbeitsämter werden als Vertreter der deutschen Wirtschaft folgende Parteigenossen zu Bezirksleitern ernannt: Brandenburg (Verden): Pg. Dülle; Schlesien (Breslau): Pg. Dr. Lettner; Sachsen (Dresden): Pg. Lent; Westfalen (Münster): Pg. Arnhold; Hessen (Frankfurt am Main): Pg. Dr. Braun; Nordmark (Hamburg): Pg. Bötzger; Niedersachsen (Hannover): Pg. Fromm; Mitteldeutschland (Erfurt): Pg. Cwers; Ostpreußen (Königsberg): Pg. Magunia; Bayern (München): Pg. Dr. Hoff; Pommern (Stettin): Pg. Dr. Jarmer; Südwestdeutschland (Stuttgart): Pg. Richn; Rheinland (Köln): Pg. Dr. Klein.

Für die Deutsche Arbeitsfront werden in den Bezirken der Landesarbeitsämter folgende Parteigenossen zu Bezirksleitern ernannt:

1. Brandenburg (Berlin): Pg. Johannes Engel;
2. Schlesien (Breslau): Pg. Adolf Kulisch;
3. Sachsen (Dresden): Pg. Ernst Stiehler;
4. Westfalen (Münster): Pg. Walter Nagel;
5. Hessen (Frankfurt a. M.): Pg. Wilhelm Becker;
6. Nordmark (Hamburg): Pg. Bruno Stammer;
7. Niedersachsen (Hannover): Pg. Karius;
8. Mitteldeutschland (Erfurt): Pg. Friedrich Triebel;
9. Ostpreußen (Königsberg): Pg. Ernst Duschön;
10. Bayern (München): Pg. Kurt Frey;
11. Pommern (Stettin): Pg. Max Lietzböhl;
12. Süddeutschland (Stuttgart): Pg. Fritz Plattner;
13. Rheinland (Köln): Pg. Richard Döbber.

Die Bezirksleiter der Wirtschaft und der Arbeit sind in ihren Gebieten allein verantwortlich für den Wirtschaftsfrieden und für

den Aufbau. Da sie beide lang erprobte Parteigenossen sind und damit eine Weltanschauung zur Grundlage haben, sind sie der nationalsozialistischen Revolution die Garanten für nationalsozialistisches Denken und Handeln innerhalb der deutschen Wirtschaft.

Sie ordnen die Tarifverhältnisse, sie wachen über den Arbeitsschutz und über das Arbeitsrecht, über die sozialen Maßnahmen, sie verhindern mit allen Mitteln wirtschaftliche Sabotage.

Sie allein sind uns, den Vertretern der Wirtschaft und der Arbeit und damit dem Führer Adolf Hitler, für den reibungslosen Aufbau der deutschen Arbeit verantwortlich.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir auf die Dauer von acht Wochen einen

Waffenstillstand für alle deutschen Arbeitsmenschen der Stirn und der Faust geschlossen

haben, bis der ständische Aufbau der organisch gegliederten Wirtschaft durchgeführt ist.

Der Reichskommissar für die Wirtschaft: gez. Dr. Wagenet.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront: gez. Dr. Robert Ley.

Leo Schlageter

Er wurde am 26. Mai 1923 von den Franzosen erschossen als ein Kämpfer für Ehre und Freiheit des deutschen Volkes.

Albert Leo Schlageter, der Kämpfer an allen Fronten, gehört zu den Mahnern der Nation.

Die zehnte Wiederkehr seines Todestages sieht das neue Werden des deutschen Volkes. Der Nationalsozialismus erfüllt das Vermächtnis der toten Streiter.

Adolf Hitler sprach zur Welt

Für Gleichberechtigung und Frieden

Der Deutsche Reichstag einig hinter dem Führer

In Genf versuchen wieder die alten Kräfte, die über ihr Verhältnis zu Deutschland seit mehr als zwei Jahrzehnten in wirklichkeitsfremden Anschauungen leben, das gute Recht des deutschen Volkes mit demagogischen Manövern zu umgehen. Als die Lage auf der Genfer Abrüstungskonferenz am schwierigsten war, trat der Deutsche Reichstag zusammen. Am 17. Mai hielt Reichskanzler Hitler eine große außenpolitische Rede, aus der wir nachstehend den Teil veröffentlichen, in dem der Reichskanzler mit besonderem Nachdruck die Gleichberechtigung Deutschlands als eine wirkliche Garantie für den Frieden in Europa fordert. Von der Regierung wurde die Zustimmung zu einer Entschliebung verlangt, und der gesamte Reichstag — mit den Vertretern der SPD — stellte sich hinter den Führer. Volk und Führer standen wie ein Mann. Das war die historische Stunde des Deutschen Reichstages. Ein einziges Volk wird in der Welt den Kampf bestehen.

Adolf Hitler führte in seiner Reichstagsrede u. a. aus:

Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte.

Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrage von Versailles diese Realitäten auch in bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären.

Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder andere offenzuhalten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen.

Wenn Deutschland seit Jahren unentwegt die

Abrüstung aller

fordert, dann geschieht dies aus folgenden Gründen:

1. Ist die Forderung nach einer tatsächlich zum Ausdruck kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt und deren Erfüllung unauflöslich verbunden wurde mit der Forderung, der deutschen Abrüstung als Aufstufung zur Weltabrüstung.
2. Weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes

geschichtlich nicht ewig aufrechterhalten werden kann, sondern einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man, ein solches Unrecht einer großen Nation zufügen zu können?

Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der Dauer der Entwicklung in Jahrhunderten. Das deutsche Volk wird bleiben genau so wie das französische und — wie uns durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde — das polnische! Was sind und was bedeuten Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65-Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumstößlichen Tatsachen. Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neuentstandenen jungen europäischen Nationalstaaten und ihre Lebensbedürfnisse als das Deutschland der aus den gleichen Erlebnissen entstandenen nationalen Revolution. Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, anderen zu geben.

Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge.

Denn Deutschland hat abgerüstet, abgerüstet unter schärfster internationaler Kontrolle.

6 Millionen Gewehre und Karabiner wurden ausgeliefert bzw. zerstört. 130 000 Maschinengewehre, 243 000 Maschinengewehrläufe, 91 000 Geschütze, Minenwerfer und Geschützrohre, 28 000 Lafetten, 59 Tanks, 38 750 000 Granaten, 490 000 000 Gewehrpatronen, 37 000 000 Kilogramm Pulver

wurden vernichtet. Kasernen und Fabriken wurden niedergeworfen, Verladeanlagen abgetragen. Das Rheinland wurde entmilitarisiert, die deutschen Befestigungen geschleift, die Werke gesprengt, unsere Schiffe ausgeliefert, unsere Flugzeuge zerstört, die Küstenbefestigungen abgetragen, unser Wehrsystem aufgegeben, die Ausbildung von Reservisten damit verhindert. Ja selbst die nötigsten Waffen der Verteidigung blieben dem uns belassenen kleinen Berufsheer verweigert.

Wenn heute versucht wird, diesen ungeheuerlichen und nicht wegzuleugnenden Tatsachen gegenüber mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausflüchten den Anschein zu erwecken, als wenn Deutschland diesen Vertrag irgendwie nicht erfüllt oder gar aufgerüstet hätte, dann muß ich hier

von dieser Stelle aus einen solchen Versuch als ebenso unwahr wie unfair zurückweisen.

Wenn heute in Genf versucht wird, die ausschließlich innerpolitischen Zwecken dienenden Organisationen den Wehrkräften anzuschließen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehren, die Turnvereine, die Wach- und Schließgesellschaften, die Ruderkubs und Sportverbände in die Wehrstärke einschließen.

Wenn man weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Menschen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reserven der anderen bewußt überieht, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den schärfsten Protest einlegen muß. Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu geeignete Methoden.

Denn ich habe namens des deutschen Volkes und der deutschen Regierung zu erklären:

Deutschland hat damit einen moralisch berechtigten Anspruch, zu fordern, daß die hochgerüsteten Staaten nunmehr auch ihrerseits die Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrage von Versailles ergeben, erfüllen.

Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht worden. Wenn von Seiten Frankreichs nunmehr wieder die These aufgestellt wird, daß der Gleichberechtigung die Sicherheit entsprechen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, dem Eintritt in den Völkerbund, dem Locarno-Pakt, dem Kellogg-Pakt, den Schiedsgerichtsverträgen, dem Kriegsverhütungspakt und der no-force-Erklärung ergeben.

Welches sind die konkreten Sicherungen, die außer den internationalen Verpflichtungen von Deutschland noch übernommen werden sollen?

2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland?

Nach den Angaben beim Völkerbund besitzt Frankreich allein an im Dienst befindlichen Flugzeugen 3046, Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670. Dazu kommen unermessliche Mengen an Reservestückzeugen. Tausende von Kampfwagen, Tausende von schweren Geschützen sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit giftigen Gasen.

Hat nicht Deutschland mehr Berechtigung, demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit Sicherheit zu verlangen, als die durch Koalitionen miteinander verbundenen Nationen?

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn andere Nationen ihrerseits bereit sind und dies Deutschland ebenso zugute kommt.

Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den Kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun.

Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtende Abrüstung durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen.

Anordnung des NSBO-Leiters

Der NSBO-Leiter Walter Schumann hat folgende Anordnung erlassen:

„In den letzten Tagen haben verschiedene Belegschaften eigenmächtige Eingriffe in die Betriebsführungen vorgenommen, die teilweise zur Stilllegung der betroffenen Betriebe führten. Dieses unverantwortliche Vorgehen ist geeignet, schwerste Erschütterungen hervorzurufen.

Ich verbiete hiermit allen NSBO-Mitgliedern aufs strengste, sich an diesen Aktionen zu beteiligen. Ich fordere von allen NSBO-Mitgliedern in jedem Betriebe, derartige Versuche im Keime zu ersticken.

Ich erwarte von der Disziplin und Einsicht aller bewährten Betriebspioniere der NSBO, daß sie versteckte marxistische Sabotageversuche an der nationalsozialistischen Aufbauarbeit klar erkennen.

Ich erkläre, daß jeder Parteigenosse und jedes NSBO-Mitglied, das sich nicht dieser Anordnung fügt, rückwärtslos aus der NSBO und Partei entfernt wird.“

Fettverbilligung für Minderbemittelte

In Verbindung mit der Neuregelung der deutschen Fettwirtschaft durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung inländischer tierischer Fette vom 23. März 1933 hat die Reichsregierung gleichzeitig Verbilligungsmassnahmen für die minderbemittelte Bevölkerung vorgezogen, die etwa 22 bis 25 Millionen Personen zugute kommen werden. Es werden Fettverbilligungsscheine ausgegeben, und zwar zunächst für die Monate Mai bis Juli. Solche Fettverbilligungsscheine erhalten Hauptunterstützungs- und Zuschlagempfänger der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung, Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung, Hauptunterstützungs- und Zuschlagempfänger der öffentlichen Fürsorge, Empfänger von Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz, deren Zuschlagempfänger und Empfänger von Elternbeihilfe, ferner Sozialrentner, deren Ehefrauen und unterhaltsberechtigten minderjährige Kinder.

Die Fettverbilligungsscheine, die vom 1. Mai an von den Arbeitsämtern und Dienststellen der öffentlichen Fürsorge ausgegeben werden, lassen auf den Bezug von monatlich 2 Pfund an 25 Pf. je Pfund verbilligten Speisefettes, hierzu gehören: Butter, Käse, Schmalz, Rohschmalz, Salz, Speiseöl, Margarine, Ankerbutter und gehärtete Pflanzen- oder Tierfette. Für kleinere Mengen als ein halbes Pfund Butter und Käse und ein Pfund der übrigen Fette haben die Fettverbilligungsscheine keine Gültigkeit. Die Fettarten werden von allen einschlägigen Geschäften in Zahlung genommen.

Was ging in Danzig vor?

Lechter Verrat der Marxisten - SPD. wollte zu Polen

Die Gleichschaltung der Gewerkschaften ist im Reich überall ohne Widerstand erfolgt. Unter dem Druck der Staatsmacht mußten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer abtreten. Daß sie bei der geringsten Möglichkeit lieber revoltiert hätten, zeigen die letzten Vorgänge in Danzig.

Als die freien Gewerkschaften in Danzig von den Nationalsozialisten übernommen wurden, gab die abtretende SPD-Führung die Generalstreikparole aus. Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, wie kläglich dieser „Streik“ zusammengebrochen ist. Die Generalstreikparole der SPD. sollte nur den Anfang des Landesverrats darstellen, den die SPD. in dem Augenblick betrieb, als sich Polen gerade wieder in Danziger Angelegenheiten einmischen wollte. „Polen gibt uns die Freiheit!“ so riefen sozialdemokratische Demonstranten aus dem Gebäude der polnischen Post, in dem sie sich nach Auflösung eines Umzuges verborgen. Der SPD.-Vorstand behauptete in einer Versammlung, daß die Nationalsozialisten in Deutschland Tausende von Gewerkschaftsfunktionären ermordet hätten. Zur Krönung der Verräterei ordnete die SPD. an, die Nationalsozialisten zu provozieren, damit Polen einen Grund hätte, in Danzig einzugreifen. Um der Gleichschaltung im letzten Augenblick zu entgehen, wollte man die Gewerkschaften in den polnischen Verband einreihen!

So fest klebten die SPD.-Bonzen an ihren Posten, daß sie eher deutsche Arbeiter an Polen veräußerten als nach dem Willen des Volkes abzutreten. Die SPD. rief Polen ins Land.

Söher kann die Gemeinheit wohl nicht getrieben werden. Noch einmal hat der deutsche Arbeiter in Danzig das wahre Gesicht der SPD. gesehen und erfahren, was der Marxismus unter dem Wort „international“ versteht.

Wir denken an die Worte Adolf Hitlers, die er auf dem ersten Kongreß der Deutschen Arbeitsfront sprach: „Wenn wir Vergeltung üben wollten, hätten wir sie zu Zehntausenden erhängen müssen.“ Wir wissen es: Danzig war der letzte Verrat der SPD.

Sie lügen wieder

Im Auslande tauchen neuerdings wieder Greuelmeldungen auf, die von „Mißhandlungen, Folterungen“ u. a. im Zusammenhang mit der Aktion gegen die marxistischen Gewerkschaften berichten. So schreibt z. B. der „Sozialdemokrat“, Riga, von angeblichen Mißhandlungen der verhafteten marxistischen Gewerkschaftsfunktionäre. Leipart und Graßmann seien erst der Polizei übergeben, nachdem sie in einem Keller gefoltert worden seien und „Stoßtruppler ihre sadistischen Triebe befriedigt“ hätten.

Hierzu teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit, daß diese Meldungen frei erfunden sind. Leipart und Graßmann wurden mit Rücksicht auf ihr Alter und ihre Leiden sofort nach ihrer Verhaftung in das Staatskrankenhaus überführt und dort untersucht. Die ärztliche Untersuchung stellte bei Peter Graßmann, der am 20. Juli 1873 geboren ist, ein Herzleiden sowie Gelenküberblutose am linken Kniegelenk und bei Theodor Leipart, geboren am 17. Mai 1867, einen Herzfehler und damit im Zusammenhang stehende Leiden fest. Mißhandlungen sind bei der Aktion gegen die marxistischen Gewerkschaften nicht vorgekommen.

Schule für Arbeitsdienstführer in Spandau eröffnet

Am 15. Mai wurde im ehemaligen Lehrerseminar in Spandau die Reichsführerschule des deutschen Arbeitsdienstes eröffnet. Es fand eine kurze Eröffnungsfeier statt, an der Reichsarbeitsminister Selbte teilnahm. Der Staatssekretär für den Arbeitsdienst Hierl führte in einer Ansprache u. a. folgendes aus:

Die rechte deutsche Gesinnung genügt aber noch nicht, um ein Führer zu sein. Ein Führer muß ein ganzer Keel sein, der sich in seinem Wirkungsbereich unbedingt durchzusetzen versteht. Ein Arbeitsdienstführer insbesondere muß ein wahrer Fanatiker der Pflichterfüllung sein, aber nicht nur in seinen Forderungen an die Unterstellten, sondern vor allem auch in seinem eigenen Vorbild. Der rechte Führer ist aber erst der, der nicht nur Macht besitzt über den Willen, sondern auch über die Herzen der von ihm Geführten. Gerade der Führer im Arbeitsdienst braucht diese Macht über die Herzen, denn er soll ja Volkserzieher sein, soll Erzieher sein zum deutschen Sozialismus, das heißt zur wahren deutschen Volksgemeinschaft.

Wer noch eine Spur von Klassenhochmut in sich trägt, wer nicht jede ehrliche Arbeit achtet, wer die Menschen anders einstuft als nach ihren Charaktereigenschaften und Leistungen, wer sich nicht völlig frei gemacht hat von den verlogenen, heuchlerischen Gesellschaftsauffassungen des betadenten bürgerlichen Zeitalters, wer nicht innerlich jung ist in dieser jungen Zeit, der wird kein rechter Arbeitsdienstführer werden können.

Die Anforderungen an das berufliche Können der Arbeitsdienstführer sind vielseitige. Zu den Aufgaben der technischen Arbeitsleitung und der Verwaltung treten die körperliche Erziehung und die staatspolitische Erziehung. Wir wollen nun nicht etwa die Leitung auf den verschiedenen Gebieten des Arbeitsdienstes befördernden Führern übertragen, wir wollen den Einheitsführer im Arbeitsdienst, der auf den Sondergebieten von besonders ausgeübten und ausgebildeten Gehilfen beraten und unterstützt wird, der aber selbst in der Lage sein muß, auf allen Gebieten zu beurteilen, was gefordert werden muß und was geleistet werden kann. Andererseits

müssen die als Gehilfen der Führer bestimmten Spezialisten dem Führerkorps des Arbeitsdienstes selbst angehören, sie müssen mit dem ganzen Leben und dem Geist im Arbeitsdienst aufs engste verknüpft sein, wenn sie ihre Aufgabe richtig erfüllen sollen. Deshalb haben wir die als Gehilfen für die verschiedenen Sonderfächer bestimmten Führer zu einem gemeinsamen Lehrgang einberufen, um ihnen von Anfang an die einheitliche Linie auf das gemeinsame Ziel und einen einheitlichen Schluß zu geben.

Arbeitsdienstführer haben kein bequemes Leben und keine Gelegenheit, Reichtümer zu sammeln, sie müssen Idealisten sein, die ihre innere Befriedigung finden in der Erfüllung einer sehr großen, sehr schweren, aber auch sehr schönen Aufgabe, deren Bedeutung für unser Volk vielleicht erst eine spätere Zeit voll würdigen kann.

In diesem Sinne, meine Kameraden, gehen Sie an Ihre Arbeit! Alles für Deutschland!

Der erste Jahrgang

Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes teilt mit: In der Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß nunmehr der 1. Januar 1934 als Einziehungstermin für die ersten Arbeitsdienstpflichtigen festgelegt sei und daß der Jahrgang 1915 eingezogen werde. Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes erklärt demgegenüber, daß noch nicht endgültig feststeht, welcher Jahrgang einberufen wird, auch ist der genaue Einberufungstermin noch nicht festgelegt. Der 1. Januar 1934 ist es keinesfalls.

Ein Denkmal der Arbeit in Berlin

Der Berliner Magistrat beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit der Errichtung eines Denkmals der Arbeit. Das Denkmal soll einen Arbeiter darstellen, um den sich der Gelehrte, der Bauer, der Soldat, der Handwerker und der Gewerbetreibende gruppieren werden. Die Kosten für den Bau sollen durch freiwillige Spenden aufgebracht werden. Der Bau des Denkmals geschieht nach einer Anregung des Landesobmannes der NSBO, Engel, Berlin.

Wir müssen wissen

Daß für die „Stiftung für Opfer der Arbeit“ bisher ein Betrag von 500 000 Mk. eingegangen ist. An der Sammlung beteiligen sich alle Kreise der Bevölkerung. Ein Zeichen dafür, welchen Widerhall der Aufruf des Reichskanzlers gefunden hat.

Daß ein Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole erlassen wurde. Das Gesetz soll eine rechtliche Grundlage für ein Vorgehen gegen Konjunkturritze geben, die glauben, daß sie mit den nationalen Symbolen Geschäfte machen können;

Daß Reichskanzler Adolf Hitler die in den Tagen der Revolution aufgestellten Hilfspolizei in seiner außenpolitischen Rede als eine Einrichtung mit ausschließlich innenpolitischem Charakter bezeichnete. Die Hilfspolizei ist bereits im Abbau begriffen und soll vor Ausgang des Jahres vollständig aufgelöst werden;

Daß die Arbeiter und Angestellten der Spa-Betriebe in Berlin die Arbeit niederlegten und die Entlassung sämtlicher jüdischen Angestellten der Firma forderten. Nachdem sich die Firma zu einer dieser Forderungen entgegenkommenden Regelung der Angelegenheit bereit erklärte, wurde die Arbeit wiederaufgenommen;

Daß die Reichskanzlei in einer amtlichen Mitteilung bittet, von Einladungen an den Reichskanzler freizubleiben. An den Reichskanzler gehen täglich Einladungen von Vereinen und Verbänden zu Festessen und Versammlungen, denen der Reichskanzler bei der starken Belastung mit Amtsgeschäften auch nicht zu einem kleinen Teil Folge leisten kann;

Daß der Rieker Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes festgenommen wurde. Es werden ihm Bilanzverschleierung und Unregelmäßigkeiten in der Kasse vorgeworfen, wobei es sich um Beträge von mehreren 10 000 Mk. handeln soll;

Daß der Ortsverein der SPD. sowie der Kreisverein der SPD. in Schleswig auf Anordnung des Vorstandes aufgehoben wurden. Dasselbe Maßnahme traf der Ortsverein des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Die Gleichschaltung der Konsumvereine

Zu dem Führungswechsel bei den Konsumvereinen hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, die Anordnungen für die Abwicklung der NSDAV. werden ersucht, ihre feindliche Einstellung den Konsumvereinen gegenüber abzulegen, denn sie können gewiß sein, daß von der Führung alles getan wird, was dem Wohle des Volkes und dem Wohle Deutschlands nützt.

Durch Zusammenfassung der beiden großen Reichsverbände der Konsumvereine in einen Reichsverband wird eine große Ersparnis erzielt werden. Der Verwaltungsrat wird die kleine Kammer sein. Außerdem wird eine große Kammer gebildet werden, um das Verhältnis zwischen dem neuen ständischen Aufbau und den Konsumvereinen endgültig zu klären und um die Abwicklung sicher und organisch gestalten zu können.

Der mit der Übernahme der Konsumvereine beauftragte Leiter der Wirtschaftsbetriebe der Gesamtverbände der Arbeiter und Angestellten gibt bekannt:

Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Arbeitsfront nicht Einrichtungen zerschlagen wird, die der Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit preiswerten Waren dienen. Demnach können die Konsumvereine nicht ohne weiteres aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet werden, vielmehr ist es wünschenswert, daß nach wie vor bei ihnen gekauft wird und sie in ihrer auf die Versorgung der Arbeiter und Angestellten gerichteten Tätigkeit, gut und preiswerte Waren diesen Kreisen zu vermittelten, nicht gestört werden. Es muß die der entgegengesetzten Auffassung verschiedene Kampfbünde des Mittelstandes gegenüber ausgesprochen werden. Die Konsumvereine sind also bis auf weiteres nicht in ihrer Geschäftsbetätigung durch irgendwelche Maßnahmen örtlicher oder sonstiger Kreise zu hemmen; allerdings darf auch keine weitere Ausdehnung derselben stattfinden. Die großen Werte, die aus den Spargroschen der Arbeiter stammend in den Konsumvereinen investiert sind, verlangen eine pflegliche Behandlung, damit sie nicht verfallen.

HOLZINDUSTRIE

Die Zinsentungaktion Brechung der Zinstnechtigkeit

Unter dem Vorsitz des Reichskommissars für die Wirtschaft, Pg. Dr. h. c. Wagener, fand eine Besprechung im Kreise der Vertreter von Banken und Kreditinstituten statt, die dem Ziel einer Zinsentung diente.

Man ist bereits zu recht eindeutigen Feststellungen über die zu treffenden Maßnahmen gekommen. Die Wirtschaft kann damit rechnen, daß noch in diesem Monat eine Zinsentung in erheblichem Ausmaße stattfindet. Die endgültige Entscheidung soll erst nach der Rückkehr des Reichsbankpräsidenten von seiner Amerikareise fallen.

Rückblick

Das der Vergangenheit angehörende System der Novemberparteien hatte den alten Erfahrungsgrundsatz unserer Ahnen, als Zins höchstens „den halben Zehnten“ zu nehmen, völlig außer acht gelassen. Der Liberalismus, gleichviel ob in der Gestalt des Kapitalismus oder des Marxismus, war der Ansicht, daß der Zins nichts anderes als der Preis für geliehenes Kapital sei und als solcher auch so automatisch dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen wäre wie der Preis einer jeden anderen Ware.

Wir erinnern daran, wie besonders die „Frankfurter Zeitung“ und fast alle anderen liberalen und kapitalistischen Blätter beim Ausbruch der großen Bankkrise 1931 die rückwärtslose Hochhebung der Zinsen forderten; sie hielten dies für den einzigen Ausweg aus dem Zusammenbruch unseres Bankwesens.

Doch schon vor der Machtübernahme Adolf Hitlers hatte sich in weiten Kreisen der Wirtschaft bereits die Überzeugung durchgedrungen, daß nur das umgekehrte Mittel, nämlich die Senkung des Zinssatzes, zur Bekämpfung der ungeheuerlichen wirtschaftlichen Not wesentlich beitragen könnte. Gerade auf diesem Wege fanden weitestgehende der deutschen Wirtschaft Anschluß an die nationalsozialistische Weltanschauung.

Die erste Etappe

Es überrascht daher nicht, wenn nunmehr Schritt für Schritt an die Lösung des Zinsproblems in der deutschen Wirtschaft heringegangen wird. Die jetzt unter der Führung des Pg. Dr. h. c. Wagener in Gang befindliche Aktion kann wohl als die erste Etappe auf diesem Wege bezeichnet werden. Bei dem ganzen Fragenskomplex der Brechung der Zinstnechtigkeit handelt es sich vor allem um folgende Gesichtspunkte:

1. Begrenzung der Maximalhöhe der Zinssätze;
2. Verkleinerung der Zinspanne;
3. Vereinheitlichung der Zinssätze.

Was die Höhe der Zinssätze anbetrifft, so ist nach wie vor die Höhe des Reichsbankdiskontsatzes ausschlaggebend. In bezug auf die Zinspanne dürfte ein Unterschied zu machen sein zwischen der bei den Großbanken, bei den öffentlich-rechtlichen Instituten und bei den Kreditinstituten des Mittelstandes. Auch durch die Vereinheitlichung der Zinssätze und Kreditbedingungen kann eine wesentliche Erleichterung des Zinsdruckes herbeigeführt werden. Wir denken hierbei vor allem an die unterschiedliche Behandlung der Kunden und an die verschiedenartigen Provisionsätze, die die eigentliche Höhe der Zinslast verdunkeln.

Ausblick

Wir Nationalsozialisten lehnen auf Grund unserer Weltanschauung die Festsetzung der Zinshöhe schematisch nach dem sogenannten Gesetz von Angebot und Nachfrage ab; denn das Wirtschaftsleben ist nach unserer Auffassung kein Mechanismus, der automatisch nach gewissen Gesetzen abläuft, sondern ein Organismus, der Sinn und Inhalt durch die ewigen Gesetze des Lebens erhält, dessen Träger der Mensch ist. In diesem Streben wir eine Gländewirtschaft an.

Wit Loffmann'sches Nimmern
ist der 21. Wulfaubauung föllig

Vom deutschen Wald

Eine Plauderei von R. E. Hauptein.

R. E. Hauptein wird in kommenden Ausgaben unserer Zeitung über die wirtschaftlichen Ausnutzungsmöglichkeiten des Holzes schreiben.

Für uns Deutsche hat der Wald eine ganz besondere Bedeutung, die uns als Erbgut aus grauer Vorzeit von unseren Ahnen überkommen ist und die ihren Ursprung nicht in der volkswirtschaftlichen Nutzbarkeit des Holz liefernden Waldes hat. — Der Wald war unseren Vorfahren das Heiligtum, der heilige Hain, der Dom. In und um ihn spielten sich alle religiösen und — was damals dasselbe war — rechtlichen Handlungen ab. Daß wir ein Waldvolk waren, beweist uns heute noch die Tatsache, daß wir gegen Zugluft besonders empfindlich sind — im Walde herrscht nie Zugluft —, während die Steppenvölker und ihre Nachkommen bei Zugluft nicht jenes ungemütliche Gefühl wie wir empfinden. In Hunderten von Volksliedern und Sprichwörtern klingt uns Lob und Preis des deutschen Waldes. Und wirklich vermag sein Rauschen und Raunen die herbsten Schmerzen zu lindern, wie es so schön im Liede klingt:

Wenn du ein krankes Herze hast,
Dann schleich dich in den Wald.
Und leg dich nieder in das Moos,
Bis du vergessen hast. —

Wenn ich so durch die Straßen der Steinwüste Berlins wandere und die Kinder spielen sehe, dann steigt vor mir die eigne Kindheit auf und mir blutet das Herz beim Gedanken, was alles die armen Großstadtkinder entbehren, weil sie nicht der deutsche Wald in seine Arme nehmen kann. Alles, was nur eines deutschen Jungen

Herz erfreuen kann, bot uns der Wald, Klettern und Kriechen, Fische und Pilze, Blumen und Beeren, wildes Obst und Enten- und Ganseneier, wir lebten in den Ferien ganz im Walde. Schon damals war uns klar, daß der Wald ein unerschöpfliches Sammelbecken sei, das geeignet war, alle menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Später, als uns das rauhe Menschenlos aus dem Kinderparadies trieb, fingen wir an zu erkennen, daß wir bisher nur die poetischen und romantischen Vorzüge des Waldes kennengelernt hatten, daß aber seine wirtschaftlichen und klimatischen Reichtümer wesentlich größer seien. Wir sahen in einer hohen, kerzenschlanken Fichte nicht nur die Schönheit, sondern wir sahen sie als Mastbaum auf Segelschiffen sowie als Planken die ferneren Meere durchziehen, während ihre Stammesenden den Stoff zum Druckpapier spenden, das wiederum die Gedanken einzelner aufnimmt und sie zu Tausenden trägt. Wir erkannten, daß sowohl der kunstseidene Strumpf und das Kleid als auch der Sprengstoff erst einmal im deutschen Walde wachsen müssen. Ja, wir erkannten, daß es gerade die Zellstoff- und Papierindustrie ist, die die restlose Ausnutzung der Ernte aus dem deutschen Wald gestattet, und daß sie es ist, die die Stämme des deutschen Waldes zur größten Weltmacht, der Presse, verwandelt. — Schon in kurzer Zeit wird man hören, daß es wieder deutsche Volksgenossen sind, die in jahrelanger mühseltiger Arbeit ein neues Verfahren auf dem Gebiete des Holzschliffs gefunden haben, das geeignet ist, den deutschen Wald noch besser auszunutzen.

Fachwissen / Kleine Nachrichten aus dem Beruf

Die Reichsregierung hat folgende Zollerhöhungen durchgeführt: Für gekürzte ungeschälte Weidenruten von 1,25 auf 1,60 Mk., für andere von 1,60 auf 2 Mk., für gekürzte geschälte Weidenruten von 6 auf 9 Mk., für andere von 8 auf 12 Mk.; für ungeschälte Reifensstäbe von 1,60 auf 2 Mk., für geschälte von 8 auf 12 Mk., immer je Doppelpentner.

Die Verbände der Kleinstmöbel- und Tischfabrikanten haben beschlossen, außer der jährlichen Leipziger Frühjahrsmesse bis zum Jahre 1937 keine andere deutsche Möbelmesse zu beschicken. Dieser Beschluß geht von der Erkenntnis aus, daß der deutschen Wirtschaft mehr gedient wird, wenn sich die gesamte Möbelindustrie auf einer Messe geschlossen zusammensindet, statt sich auf ein Duzend Messen zu verzettern.

Rückgang der Konkurse auch in der Holzindustrie

Im Monat April wurden in Deutschland 373 Konkurse eröffnet und 144 Vergleichsverfahren eingeleitet. Diese Zahlen bleiben hinter den früherer Monate weit zurück, was beweist, daß die Besserung der Wirtschaftslage sich auch hier günstig bemerkbar macht. Von den Betrieben der Holzindustrie waren im April nur 12 gezwungen, den Konkurs anzumelden und 10 beantragten das Vergleichsverfahren. Vor einem Jahr im April waren es 26 Konkurse und 41 Vergleichsverfahren.

Die preussischen Staatsforsten

Von den 12,6 Millionen Hektar deutschen Waldgebietes kommen 2,5 Millionen auf Preußen. Davon sind 2,25 Millionen Hektar zur Holzgewinnung bestimmter Boden. Sein Holzzertrag betrug im letzten Jahr reichlich 10 Millionen Kubikmeter. Von den 29 Regierungsbezirken weist der Bezirk Posen die größte Waldbodenfläche auf, nämlich 250 000 Hektar. Es folgen die Bezirke Allenstein mit 240 000, Franke mit 222 000, Kassel mit 208 000, Stettin mit 152 000, Gumbinnen mit 142 000, Schneidemühl mit 138 000, Königsberg-Preußen mit 130 000, Köslin mit

111 000, Hildesheim mit 104 000, Oppeln mit 94 000, Lüneburg mit 83 000, Merseburg mit 79 000, Magdeburg mit 68 000, Breslau mit 65 000, Wiesbaden mit 56 000, Trier mit 46 000, Erfurt mit 41 000, Hannover-Osnabrück mit 39 000, Minden-Münster mit 35 000, Schleswig mit 31 000, Koblenz mit 30 000, Liegnitz mit 27 000, Arnberg mit 26 000, Aachen mit 25 000, Stade-Nürich mit 23 000, Düsseldorf mit 18 000, Köln mit 15 000 und Sigmaringen mit 1 Hektar.

Deutsche Zahnbürsten in England

England führte im Jahre 1932 rund 800 000 Duzend ausländische Zahnbürsten ein. Davon stammten fast 500 000 Duzend aus Deutschland. Daraus geht hervor, daß die deutsche Zahnbürste in England sehr geschätzt wird, was verständlich ist, denn sie ist qualitativ die beste. Ihr gefährlichster Konkurrent ist die japanische Zahnbürste, die fast um die Hälfte billiger angeboten wird als die deutsche; sie ist aber auch, von allen Seiten betrachtet, nicht halb soviel wert. Deutsche Zahnbürsten sind durch den Einfuhrzoll von 20 Prozent vom Werte für den Engländer ziemlich teuer. Da sie qualitativ und hygienisch aber die aller anderen Länder überragen, werden sie gern gekauft.

In Lettland reichen die Lagerbestände des Zuckermopolamts nur noch für einige Wochen; bis zum Herbst müssen noch etwa 13 000 Tonnen Zucker eingeführt werden. Das ist einerseits eine ganz einfache Sache, denn in Deutschland und in anderen Ländern ist so reichlich Zucker vorhanden, daß diese froh wären, wenn sie Lettland 13 000 Tonnen verkaufen könnten. Der Saten ist nur der, daß Lettland nicht das nötige Geld hat, um den Zucker bar bezahlen zu können. In lettlandischen Regierungskreisen denkt man daher daran, für rund 2 Millionen Lat (1 Lat gleich 81 Pf. Goldparität) Zucker im Austausch gegen Holz, Glas, Butter und andere lettlandische Ausfuhrwaren zu erwerben.

Deutsche Arbeit

Jedem Arm die rechte Stelle,
Jedem Geist der rechte Platz,
Daß zum Werk der Faust gefelle
Sich des Wissens reicher Schatz.

Jeder schaff' nach seiner Stärke,
Jedem sei gerechter Lohn!
Mitzutun am Wirtschaftswerke
Sei uns Ehre, nicht mehr Kron.

Alle Schranken werden fallen
In dem neuen Deutschen Reich,
Denn in seinen Ruhmeshallen
Selten alle Schaffer gleich!

Ein Staatssekretär für die Holzwirtschaft?

Im „Deutschen Forstwirt“ beschäftigt sich Oberforstmeister Dr. Danneder (Stuttgart) mit der „Forst- und Holzwirtschaftspolitik im Nationalstaat“. Er fordert eine Erhöhung der heutigen Holzpreise um wenigstens 50 Prozent. Zur Erreichung dieses Zieles müßten folgende Maßnahmen planmäßig durchgeführt werden: „Ausreichender Zollschutz, Einfuhrkontingentierung, Innenmarktförderung, Verwendungszwang, Einfügung der Holzproduktion in den Rahmen der gesamten Forstwirtschaftspolitik, Verbesserung des Holzverkehrs, Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten, verbesserte Absatzorganisationen.“ Damit diese Wünsche der Waldbesitzer bei den Behörden nicht nur die nötige Beachtung finden, sondern auch bald in die Praxis umgesetzt werden, fordert er die Einsetzung eines Staatssekretärs für die deutsche Holzwirtschaft. Diefem sind „die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen und er hat ausschließlich die Wald- und Holzwirtschaft zu betreuen.“

Die Einsetzung eines Staatssekretärs für die Holzwirtschaft wäre auch vom Standpunkt der Holzverarbeitenden Gewerbe und ihrer Arbeiterschaft aus zu begrüßen. Denn es ist leider eine Tatsache, daß die Holzwirtschaft bei den bisherigen Regierungen und in der deutschen Öffentlichkeit nicht die Beachtung gefunden hat, die sie ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung wegen verdient. Damit würde es sehr wahrscheinlich anders werden, wenn an ihrer Spitze ein Staatssekretär stehen würde, der Zeit und Mittel hat, um sich mit ihr eingehend beschäftigten zu können. Die Waldbesitzer könnten dann hoffen, daß manche ihrer zahlreichen Wünsche schneller als bisher erfüllt werden; verschiedene aber würden hoffentlich auch auf das Maß zurückgeschraubt werden, das sich aus der Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe der gesamten Holzwirtschaft ergibt. Forstwirtschaft und Holzverarbeitung bedürfen gleichermaßen des Schutzes und der Förderung.

Bücherschau

Eisen aus Holz und Metall. Konstruktion und Bauanschlag. Ein Überblick über das Gesamtgebiet in maßstäblichen Plänen und Schnitten und 138 Abbildern. Von Prof. Adolf G. Schneid. Band II der Bauelemente. Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart. Preis kartoniert 12 Mk. — In eigens für das Buch angefertigten Maßzeichnungen und Lichtbildern wird zum erstenmal eine umfassende, systematische Darstellung des Gesamtgebietes der Eisen gegeben. Die Konstruktionsarten von Stängel-, Schieber-, Fest- und Dichtzähnen, von Getriebe- und Hartmetallzähnen sind an ausgeführten, praktisch erprobten Beispielen gezeigt. Auch die wichtigsten Beschläge und Schloßer werden in Zeichnung und Lichtbild dargestellt. Ein ausführliches Sachregister weist die Lieferanten, Anfertiger, Hersteller, Standorte und alle vorkommenden Stichwörter nach.

Sportflieger-Ausbildung. Von Dipl.-Ing. D. R. Thomae. Heft 19 von Fliegerbau und Luftfahrt. Mit 28 Abbildungen. Verlag C. J. C. Neumann, Berlin-Charlottenburg. Preis 2,50 Mk. — Das Buch behandelt in lebendiger Sprache den Werdegang eines Sportfliegers vom Eintritt in die Schule bis zum Führerschein für Sportflugzeuge und gibt auch allen denen wertvolle Hinweise, die mit dem Gedanken umgehen, sich ein Sportflugzeug anzuschaffen.

Was jeder vom Arbeitsrecht wissen muß. Von Dr. E. Galat. Verlag W. Stollfuß, Bonn. Preis 1 Mk. — Das Schriftchen kann all jenen empfohlen werden, die sich einen Überblick über das geltende Arbeitsrecht verschaffen wollen. Für den praktisch tätigen Arbeiter rechtler enthält es nichts Neues.

Weniger Arbeitslose

Der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung lautet für die Zeit vom 16. bis 30. April 1933 wie folgt:

Die Entlastung des Arbeitsmarktes, die Mitte Februar begann und sich seitdem ununterbrochen fortsetzte, hat in der zweiten Aprilhälfte erhebliche Fortschritte gemacht.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen im Reich verminderte sich um rund 196 000 oder 3,6 Prozent auf rund 5 333 000. Sie liegt nach dieser neuerlichen Entlastung um rund 714 000 unter dem winterlichen Höchstpunkt von Mitte Februar und um rund 400 000 unter dem Stand von Ende April 1932.

Die Hauptentlastung entfiel mit einer Verminderung um 121 000 Arbeitslose auf die Außenberufe; die Landwirtschaft blieb ausnahmefähig und das Bau- und Baustoffgewerbe zeigten verhältnismäßig gute Anlässe einer Belebung. Auch in einigen konjunkturabhängigen Wirtschaftszweigen machten sich Besserungsercheinungen bemerkbar, die jedoch noch weniger in einem Sinken der Arbeitslosenziffer als in einem Übergang von der Kurzarbeit zur Vollarbeit ihren Niederschlag fanden.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge hat weiter, wenn auch nicht in dem gleichen Umfange wie in den Vorwochen, abgenommen, und zwar sank sie in der Arbeitslosenversicherung um 50 000 auf 530 000, in der Krisenfürsorge trotz aufgehobener Aussteuerung um 28 000 auf rund 1 409 000. Die Abnahme der Zahl der anerkannten Wohlfahrtserverswerbslosen im Monat März war besonders stark. Sie sank nach den vorläufigen Meldungen um 139 000 auf 2 263 000 Ende April.

Bei diesem Bericht müssen noch besondere Umstände gewürdigt werden, die von der Rückentwicklung der Arbeitslosenziffer ein noch günstigeres Bild geben. Nach dem letzten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung ist die tägliche Arbeitszeit in den Betrieben gestiegen und die Kurzarbeit zurückgegangen. Außerdem ist die Zahl der sogenannten unsichtbaren Erwerbslosen gesunken. Unsichtbare Erwerbslose sind bekanntlich diejenigen Arbeitslosen, die nach einer früheren Verordnung keine Unterstützung erhalten, weil ihre Angehörigen in der Lage sind, sie zu unterhalten. Es haben sich ungefähr 300 000 unsichtbare Erwerbslose bei den Arbeitsämtern wieder gemeldet. Diese Personen hatten auf die Meldung früher verzichtet, weil sie wohl der Überzeugung waren, daß ihnen das Arbeitsamt doch keine Beschäftigung vermitteln könnte. Jetzt haben diese Erwerbslosen ihre Meldung wieder vorgenommen, weil sie bei der günstigen Entwicklung die Hoffnung haben, wieder Arbeit zu erhalten. Gerade dieses letztere Moment verbessert noch das Bild der Arbeitsmarktlage.

SALEM GOLD EXTRA MILD



EXTRA MILD

3 1/3

Verlaggeber: Max Tietzschel, Gaubetriebsingenieur als Beauftragter der RSDA. — Verantwortlicher Schriftleiter: H. Staube, Berlin. — Druck und Verlag: Verlagsamt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Edler Tabak, mild und leicht,
GEG ist unerreicht!
Billig aus Euerm
Konsumverein!

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Organisationsmaßnahmen sind heute in der Hand des Nationalsozialismus. Damit sind alle Abteilungen des Geschäfts möglich ist und die einzelnigen Gelder der Arbeiterorganisationen sowie die Rechte der Mitglieder zu erhalten. Ist es notwendig, daß die Mitglieder in ihren Organisationsmaßnahmen weiterhin verbleiben.

Der Schläger von 1933
Ist das Stricker-Chrom-Rad. Eine ganz große Leistung. Sofort Katalog anfordern. kostet nichts! Spezial-Räder schon von RM. 29.- an.
E. & P. Stricker
Fahrradfabrik
Brackwede-Bielefeldstr.

Original-süddeutsche Nobelhänke
52 Mark
Zwanzig Blatt, Stahlspindel
Werkzeug-Heubeten!
Preisliste gratis und franko.
OTTO BERGMANN,
Berlin-Lichterfelde-West.

Die arbeitssparende Wohnung VON FRANZ DENNER
Zweckmäßige Formen für Wohnung und Hausgerät, Architektur und Technik. — Mit 130 Abbildungen.
Preis 3 Mk., Organisationspr. 2 Mk.
Verlagsamt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
GmbH, Berlin SO 16, Am Köpenicker Park 2

Leinöfen, Farnerböcke
fabriz. als Spezialität. Preisliste gratis. **PAUL OTT,**
Stuttgart W. Hermannstr. 13

Nobelhänke
50 RM.
Zwanzig Stahlspindel, kompl. la Qualität, Blatt la gedämpft, Holzbocke. Garantie.
Werkzeuge
Abbildung u. Preisliste gratis
Karl Kamisch, Pirna, Kaserne

10
ganz Plaste
3
WESTFALIA WERKZEUG
10,15 HAGEN, U.L. 104

Gummiwaren
Hygien-Artik., Preisl. 0 gratis
„Medicus“
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 8

Webwaren von Witt sind gutes deutsches Erzeugnis hergestellt von deutschen Arbeitern
• vorzüglich in der Qualität
• unsehrer niedriger im Preis
• daher stets begehrt
Witt beschäftigt in eigenen riesigen Webwaren-Fabriken 4500 Deutsche Arbeiter und Angestellte

Sie sparen viel Geld!

Best so billig!
Lassen Sie sich sofort kostenlos meine Preisliste 171a mit vielen ungewöhnlichen günstigen Webwaren-Angeboten kommen. Die Preise sind trotz der vorzüglichen Qualitäten ganz außerordentlich niedrig und angehört niedrig und

Best so billig!
Nr. 4 Angelegentlichste Baumwolle, gute, reichste Qualität, 78 cm br., per Meter 18 Pf.
Nr. 5 Embroiderter, gute reichste, Indanthrenfarbig geft., 100% Schot, 74 cm breit, per Meter 25 Pf.
Nr. 6 Reines Leinwand, dicht geschlossene vorzügliche, bessere Qualität, 80 cm breit, per Meter 26 Pf.
(Abgabe an jeden Abnehmer von jed. Artikel bis 30 Metern)
(Verf. erf. p. Nachr.)

JOSEF WITT WEIDEN OPE
392
Spinnereien / Webereien / Veredlungswerk / Versand
Rein deutsches Geschäft — 4500 deutsche Arbeiter und Angestellte in eigenen Betrieben